

Geschäftsstelle der UOKG

Stasi im öffentlichen Dienst- UOKG appelliert an Politik

Berlin, 9. Juli 2009

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. richtete sich heute zur Thematik der Beschäftigung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter im öffentlichen Dienst mit folgendem Schreiben an die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer sowie an den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder:

Als Dachverband der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft in der SBZ und DDR sind wir erschüttert, erfahren zu müssen, dass 20 Jahre nach der friedlichen Revolution mindestens 17 000 frühere hauptamtliche Mitarbeiter des menschenverachtenden Staatssicherheitsdienstes der DDR im heutigen öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Wenn man die zwischenzeitlichen Pensionierungen einrechnet, muss man davon ausgehen, dass mehr als ein Viertel der 1990 hauptamtlich beim MfS Angestellten im bundesdeutschen Staatsdienst untergekommen sind. Durch diesen Skandal sind besonders die Behörden der neuen Bundesländer in eine moralische Krise und in eine große Glaubwürdigkeitskrise gekommen. Aus unserer Erfahrung mit den Institutionen in den neuen Bundesländern war es uns immer klar, dass belastete Personen im dortigen öffentlichen Dienst tätig sind. Dass deren Zahl aber in die Zehntausende ging, hat auch uns erschüttert.

Wir fordern keine Rache an denen, die uns einst bespitzelt und drangsaliert haben. Wir erwarten aber moralische Integrität und Glaubwürdigkeit der Vertreter unseres Rechtsstaates. Deshalb dürfen in den Behörden unseres demokratischen Gemeinwesens nur solche Personen beschäftigt sein, die durch ihren Charakter, ihre Biographie und ihr öffentliches Auftreten jederzeit Gewähr dafür bieten, die Normen unseres Grundgesetzes und die Ziele der allgemeinen Menschenwürde, wenn nötig auch kämpferisch, zu vertreten. Bei ehemaligen Stasi-Mitarbeitern besteht im Blick auf ihr Eintreten für diese Normen und Ziele ein unerträgliches Glaubwürdigkeitsproblem.

Wir erwarten, dass Sie in Ihrem Bundesland kurzfristig

1. eine nochmalige gründliche Einzelfallprüfung aller leitenden Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes vornehmen lassen.
2. Mittelfristig sollte danach auch eine Überprüfung aller anderen Mitarbeiter des öffentlichen

Dienstes erfolgen. Wir könnten uns vorstellen, dass die Zuständigkeit für diese Überprüfung bei den Behörden der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes angesiedelt wird. Natürlich müsste die Mitarbeiterzahl den Aufgaben entsprechend aufgestockt werden.

3. Stasi-Mitarbeiter, die zu DDR-Zeiten Menschen geschadet haben, müssen sofort aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Anderen ehemaligen Stasi-Mitarbeitern, die heute in sensiblen Bereichen tätig sind, müssen Verwaltungsaufgaben zugeordnet werden, in denen sie keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen haben.
4. Wenn es rechtlich nicht mehr anders möglich ist, sollte mit Frühpensionierungen gearbeitet werden.
5. Auch an eine Überarbeitung des Stasi-Unterlagengesetzes müsste gegebenenfalls gedacht werden.

Im Namen der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

gez. Rainer Wagner
Bundesvorsitzender